

EDITORIAL



Foto: Götz Schleser

**LIEBE LESERINNEN,  
LIEBE LESER,**

eine starke Demokratie ist der Garant für Freiheit und Gerechtigkeit. Das gilt umso mehr, wenn extremistische Bedrohungen zunehmen, sich Angriffe auf Repräsentanten des Staates häufen und das gesellschaftliche Klima zusehends rauer wird.

Mit der Erhöhung der Zulagen für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug würdigen wir den Beitrag, den die Sicherheits- und Rettungskräfte tagtäglich in vorderster Reihe für unsere Gesellschaft leisten. Ohne ihr besonderes Engagement wäre unser Land nicht so sicher, wie es ist.

Daneben haben wir mit dem zweiten Nachtragshaushalt in dieser noch jungen Legislatur weitere wichtige Maßnahmen angeschoben. Wie die zusätzlichen 792 Millionen Euro unser Land weiter voranbringen und wie wir »Gute Arbeit« stärken wollen, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Ihr Fraktionsvorsitzender

Grant Hendrik Tonne

## NACHTRAGSHAUSHALT SETZT SCHWERPUNKTE MIT AUGENMASS

Von Daniel Voigt

**D**er zweite Nachtragshaushalt für 2023 ist beschlossen und umfasst insgesamt 792 Millionen Euro. Die zusätzlichen Mittel schaffen mehr finanziellen Spielraum bei der Unterbringung und Versorgung von ukrainischen Geflüchteten, stärken die Bildung und bringen den Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie bezahlbarem Wohnraum weiter voran.

»Mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein entlasten wir unsere Kommunen und setzen den rot-grünen Koalitionsvertrag schrittweise um«, sagt Grant Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

»Besonders wichtig war uns dabei die Erhöhung der Zulagen bei der Polizei, Feuerwehr und im Justizvollzug. Die Beamtinnen und Beamten leisten täglich Großartiges für unsere Gesellschaft«, betont Tonne. »Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Übergriffen auf Sicherheits- und Rettungskräfte würdigen wir ihre Leistungen mit der höchsten Zulage im Ländervergleich. Zugleich ist die erhöhte Zulage ein wichtiger Baustein, um auch künftig junge Menschen für diese wichtigen Aufgaben zu gewinnen.«



Foto: Oberstweidell, Picabay

Ein weiterer Schwerpunkt des Nachtragshaushalts ist die komplette Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe und sozialen Berufe rückwirkend ab dem 1. Januar 2023. »Endlich schließen wir diese Gerechtigkeitslücke. Angehenden Heilerziehungspflegern oder pharmazeutisch-technischen Fachkräften bleiben jetzt bis zu 150 Euro mehr im Monat, die in anderen Ausbildungsgängen schon lange nicht mehr gezahlt werden mussten«, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. »Das ist nicht nur sozial gerecht für die Auszubildenden, sondern auch ein weiteres Argu-

ment, sich für eine Ausbildung in diesen Bereichen zu entscheiden.«

SPD-Haushaltspolitiker Philipp Raulfs ist ebenfalls zufrieden: »Der Nachtragshaushalt kommt genau zur richtigen Zeit. Insbesondere die Kommunen brauchen jetzt schnell mehr Geld, um ihre Aufgaben nahtlos fortzuführen oder ausbauen zu können. Auch die Fachschulen brauchten eine verbindliche Zusage, um die Schulgeldfreiheit schon zum nächsten Ausbildungsbeginn umsetzen zu können. Ich freue mich, dass uns das gelungen ist.« ■

## KEIN PLATZ FÜR GEWALT AN FRAUEN

Jede dritte Frau in Deutschland wird im Laufe ihres Lebens mindestens einmal Opfer von physischer oder sexualisierter Gewalt.

»Frauen und Mädchen sollen in unserem Land selbstbestimmt, diskriminierungsfrei und gewaltfrei leben können. Unser Ziel ist es, geschlechtsspezifische Gewalt konsequent zu bekämpfen. Ein wichtiger Schritt dabei ist der Aufbau einer zentralen Koordinierungsstelle«, erklärt Karin Emken, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Bereits heute verfügt Niedersachsen über ein flächendeckendes Netz an Beratungsstellen sowie Krisen- und Schutzeinrichtungen für Frauen und Mädchen,

die Opfer von Gewalt geworden sind. Die geplante Koordinierungsstelle innerhalb der Landesregierung soll die bestehenden Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen evaluieren und optimieren.

»Neben dem Monitoring soll die Stelle die vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Bemühungen zusammenführen und damit den Schutz von Frauen und Mädchen insgesamt verbessern. Außerdem ist sie als eine zentrale Anlaufstelle für zivilgesellschaftliche Gruppen gedacht und soll den Austausch verschiedener Akteure vereinfachen«, so Emken.

Die Schaffung einer solchen Stelle wird auch von der Istanbul-Konvention des Europarats empfohlen. Die SPD-Frau-

enrechtsexpertin betont: »Es muss auch weiterhin unser Ziel sein, die in der Istanbul-Konvention formulierten Rechte und Ansprüche vollumfänglich umzusetzen. Wir setzen uns langfristig für einen gelingenden Schutz von Frauen und Mädchen ein.«

Der Europarat einigte sich 2011 in der sogenannten Istanbul-Konvention auf 81 Artikel zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt sowie zur Prävention und Intervention. Die Konvention ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag und gilt seit 2023 uneingeschränkt in Deutschland. Ihre Umsetzung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. ■

## FACHKRÄFTE FINDEN UND BINDEN – NUR MIT GUTER ARBEIT

Die Suche nach Fach- und Arbeitskräften ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Geburtenstarke Jahrgänge kommen ins Renteneintrittsalter und verabschieden sich vom Arbeitsmarkt. Gleichzeitig rücken zahlenmäßig weniger junge Menschen in das Erwerbsleben nach. Entsprechend sind Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt immer begehrter, und auch an Arbeitskräften allgemein mangelt es.

Die Bedeutung von Guter Arbeit als entscheidende Voraussetzung zur Gewinnung von Mitarbeitenden betont Julia Retzlaff, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: »Menschen werden sich nur dann für eine bestimmte Stelle entscheiden, wenn sie dort gute und gesunde Bedingungen sowie ein gelebtes Miteinander vorfinden. Dies gilt sowohl für den Wettbewerb innerhalb des deutschen Arbeitsmarkts als auch international. Die Förderung von Arbeitsqualität und Arbeitskultur soll daher künftig stärker in der Fachkräftestrategie der Landesregierung

betont werden, um den Wirtschaftsstandort Niedersachsen für alle noch attraktiver zu machen.«

»Eine moderne Aus- und Weiterbildung spielt auch weiterhin eine wichtige Rolle, um mehr Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Den Bedarf wird man jedoch auch bei optimaler Nutzung der Potenziale nicht ohne qualifizierte Zuwanderung decken können«, erklärt Retzlaff. Der Bund erarbeitet derzeit ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das auch Niedersachsen klare Richtlinien und neue Zugangsmöglichkeiten für Zugewanderte bieten wird.

Zugleich müssen Ankommende stärker bei der Orientierung im Alltags- und Arbeitsleben unterstützt werden. Die SPD-Landtagsfraktion wird dies in den kommenden Monaten weiter vorantreiben.

Die Basis für gute Arbeitsbedingungen sind aus Sicht der SPD-Fraktion tarifliche Bindung und betriebliche Mitbestimmung. Beides garantiere sichere, der Transformation gewachsene und gut

bezahlte Arbeitsplätze. »Wir wollen in Niedersachsen vorangehen und das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz novellieren. Alle öffentlichen Aufträge sollen künftig an repräsentative Tarifverträge sowie soziale und ökologische Standards geknüpft werden. Für uns soll in Niedersachsen gelten: Wer öffentliche Mittel und Aufträge haben will, muss sich an die Regeln halten!«, so Retzlaff.

»Insgesamt ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für Gute Arbeit zu verbessern, um Fach- und Arbeitskräfte zu finden und langfristig zu binden. Hierzu gehört eine angemessene Entlohnung, aber auch flexible Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Förderung von Gesundheit und Arbeitssicherheit«, fasst die SPD-Arbeitsexpertin zusammen. »Unternehmen sollten auch auf eine wertschätzende Unternehmenskultur achten und ihren Mitarbeitenden ausreichend Fortbildungen und Entwicklungsmöglichkeiten bieten.« ■

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
**Verantwortlich:** Lars Drebold, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen  
**Mitarbeiter an dieser Ausgabe:** Eva Güntzel, Alina Finke, Daniel Voigt  
**Redaktionsschluss:** 16. Mai 2023  
**Redaktion:** Daniel Voigt, daniel.voigt@lt.niedersachsen.de  
**Anschrift:** Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover  
 spd-fraktion-niedersachsen.de  
**Layout & Satz:** Anette Gilke